

Die Kompetenzstelle wird im Rahmen einer Co-Leitung durch die KSpV und das Land Hessen geleitet.

„Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung ist die Grundlage für eine konsequente Fortführung der erfolgreichen Zusammenarbeit, um die hessischen Kommunen zielgerichtet bei der Verwaltungsdigitalisierung zu unterstützen. Denn nur mit gebündelten Kräften können wir bei der Digitalisierung der Verwaltungen erfolgreich sein“, sagte Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus. „Mit der Weiterentwicklung der Koordinierungsstelle OZG-Kommunal zur Kompetenzstelle kommunale Verwaltungsdigitalisierung wird unsere Zusammenarbeit auf ein starkes und zugleich flexibles Fundament gestellt. Wir werden damit den Austausch mit den Kommunen intensivieren. Mit der bisherigen Koordinierungsstelle ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit etabliert und ein immenser Wissenspool aufgebaut worden.“

Als weiteren wichtigen Baustein beinhaltet die Kooperationsvereinbarung die Fortführung der Finanzierung der Digitalisierungsplattform Civento durch das Digitalministerium. Civento ist die maßgebliche technologische Basis zur Digitalisierung von Prozessen in der hessischen Kommunalverwaltung. Mit dieser Plattform besteht für alle Kommunen die Möglichkeit, eingehende Anträge mit einem durchgängigen elektronischen Prozess zu bearbeiten. Es ist geplant, die Plattform allen hessischen Kommunen für die Dauer der Vereinbarung bis Ende 2029 kostenfrei zur Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Ergänzt wird der Werkzeugkasten zudem durch das Statistik- und Prozessoptimierungstool eGovSAD (eGovernment Service- und Analyse-Dashboard), das den Kommunen ebenso ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung gestellt wird. Das Tool soll Verwaltungen

dabei unterstützen, datenbasiert die Online-Angebote für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. So können zum Beispiel Informationen zu Nutzungszahlen, Abbruchquoten oder bevorzugte Zahlungsarten auf einen Blick abgerufen werden.

Landrätin Anita Schneider, Präsidentin des Hessischen Landkreistags: „Der Ausbau digitaler Dienstleistungen in allen Bereichen des Alltags ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben in der Modernisierung unserer Verwaltungen. Als Landkreise benötigen wir nicht nur weitere gut funktionierende digitale Prozesse für unsere eigenen Aufgaben mit direktem Bezug zu Bürgerinnen und Bürgern, sondern sind auch in einer Multiplikatorenrolle gerade für kleinere kreisangehörige Kommunen. Eine Vernetzung hilft allen Beteiligten dabei, Synergien zu schaffen und Ressourcen optimal zu nutzen. Die Kooperationsvereinbarung verstetigt diese Zusammenarbeit.“

Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, Präsident des Hessischen Städtetages: „Die heutige Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung und die damit verbundenen Maßnahmen stellen einen wichtigen Baustein im Rahmen der notwendigen Unterstützung der hessischen Kommunen im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung dar. Wir freuen uns mit Blick auf die vielfältigen bestehenden und zukünftigen Aufgaben, wenn diesem Baustein weitere folgen werden.“

Bürgermeister Markus Röder, Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes: „Wir freuen uns über die Fortführung der 2019 geschlossenen und für beide Seiten sehr guten Kooperation. Aufgrund der gesammelten Erfahrungen in meiner als OZG-Modellkommune ausgewählten Heimatgemeinde kann ich bestätigen, wie wichtig die Arbeit gerade für kleine und mittlere Kommunen ist.“

## INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

### 3

#### Interkommunale Kooperation für den Klimaschutz im Kreis Groß-Gerau

Dreizehn kreisangehörige Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich zusammengeschlossen, um künftig auf dem Feld des Klimaschutzes enger zu kooperieren. Sie schaffen eine gemeinsame Stelle für Projektmanagement im Klimaschutz. Die Stelle wird im Rat-

haus Mörfelden-Walldorf eingerichtet und von dort für die Kommunen und den Kreis tätig sein. Am interkommunalen Verbund beteiligen sich die Städte und Gemeinden Biebesheim am Rhein, Bischofsheim, Büttelborn, Gernsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Groß-Gerau, Kelsterbach, Mörfelden-Walldorf, Nauheim, Raunheim, Riedstadt, Rüsselsheim und Stockstadt am Rhein sowie der Kreis Groß-Gerau. „Die kreisweite Kooperation ist ein weiteres Ergebnis des systematischen Prozesses zum Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit, den die 14



13 Städte und Gemeinden und der Kreis Groß-Gerau kooperieren künftig im Klimaschutz. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde im Rahmen einer Bürgermeisterdienstversammlung unterzeichnet. (Foto: IKZ-Lenkungsgruppe im Kreis Groß-Gerau)

Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau seit 2013 zentral organisiert vorantreiben“, heißt es dazu in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Im Rahmen dieses Prozesses habe die kommunale Gemeinschaft im Jahr 2022 das interkommunale Projekt zum Klimaschutz gestartet. Zunächst seien die Arbeitsstrukturen, Standards und Ressourcen in den Rathäusern und im Kreishaus für dieses Aufgabenfeld erhoben worden. Anschließend wurden von einer Projektgruppe aus Beschäftigten der Kommunen und des Kreises Best-Practice-Beispiele ausgewertet und die möglichen Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit untersucht. „Dies führte zu der gemeinsamen Erkenntnis, dass eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Klimaschutzes viele Synergien mit sich bringen würde“, berichten die Kooperationspartner.

Hierzu zählen unter anderem

- der Aufbau gemeinsamer Kommunikationsstrukturen zwischen den Kommunen und dem Kreis zum Thema Klimaschutz, gemeindeübergreifendes Wissensmanagement und die Bündelung von Erfahrungen und Fachkompetenzen
- höhere Kosteneffizienz kreisweiter Konzepte im Vergleich zu kleinen Einzelkonzepten

- größere Erfolgshaftigkeit von Fördermittelanträgen im Bereich Klimaschutz und -anpassung durch gemeinsame Beantragung
- umfassendere Beratungsangebote für Bürger/innen
- die Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Materialien und Gerätschaften (bspw. Wärmebildkameras)
- die Organisation kreisweiter Schulungen zum Thema kommunaler Klimaschutz
- der mögliche Verzicht auf den Einsatz externer Beraterinnen und Berater durch Bündelung des Know-hows der kommunalen Gemeinschaft und Verfügbarkeit einer festen Ansprechstelle.

Nach erfolgreicher Personalgewinnung soll die interkommunale Projektmanagementstelle möglichst bald im Jahr 2025 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Weitere Informationen zur Interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau gibt es unter <https://ikz.imkreisgg.de> oder telefonisch unter der Rufnummer 06142 402-216.